



# Neue Perspektiven für den Standort Österreich

Der Stellenwert guter Interessenvertretung wird durch veränderte politische Konstellationen aufgewertet.

von Oliver Dworak

Einige Wochen nach der Nationalratswahl läuft der rot-schwarze Verhandlungspoker leise, aber auf Hochtouren – Details und Inhalte aus den acht Verhandlungsgruppen Außenpolitik, Bildung, Finanzen, Sicherheit und Justiz, Soziales, Staatsreform, Wirtschaft und Zukunft dringen bisher kaum an die Öffentlichkeit. Die Medien beteiligen sich hingegen an Spekulationen über alte und neue Namen und deren mögliche Aufgaben in der kommenden Regierung *Werner Faymann* und *Michael Spindelegger II*, die bis Ende November stehen soll: drei rote Superminister? Energie zu Bures? Sima neue Umweltministerin, Leitl ins Außenamt? Fekter ins Parlament? Ein neuer Landwirt-

schaftsminister aus dem Westen? Fest steht, dass – auch wenn punkto große Koalition alles beim Alten bleibt – nichts mehr so sein wird wie vorher.

## Neue Etappe

Wahl geschlagen – was nun? Was ist am 29. September geschehen? Was war die Antwort *des Wählers*, den es so reduziert ja nur im Jargon der Wahlstrategen gibt, auf die doch einigermaßen erfolgreiche Bewältigung der Finanz- und Wirtschaftskrise durch die Regierung *Faymann I* einerseits sowie auf höchst unerfreuliche Korruptionsfälle, undurchsichtige Parteienfinanzierung und gegenseitige Blockadehaltung bei zentralen Themen wie Gesundheit und

Bildung andererseits? Analysieren wir nochmals die Ergebnisse: Österreich steht heute mit einem Sechs-Parteien-Parlament, bestehend aus drei etwa gleich starken größeren Parteien, den bereits arrivierten Grünen und zwei neuen Parlamentsklubs von Team Stronach und den NEOs, auf halben Weg zwischen Alt und Neu. „Haben in der Nachkriegszeit über Jahrzehnte zwei Großparteien die Politik des Landes nahezu alleine bestimmt und gemeinsam Ende der 1970er-Jahre noch über 90 Prozent der Wählerstimmen erreicht, so hat die ehemals Große Koalition bei der Nationalratswahl 2013 nur noch haarscharf eine Mehrheit von 50,9 Prozent erreicht, und das vielleicht

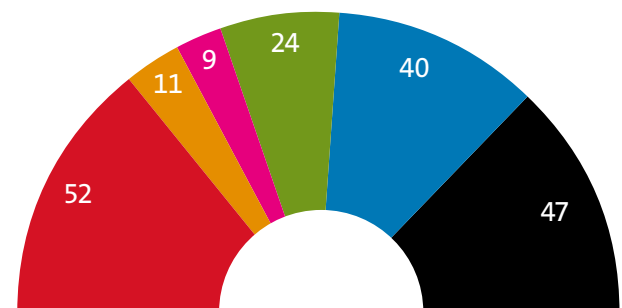
In der Zeit der Koalitionsverhandlungen und Regierungsbildung werden wichtige Weichen für die Standortfaktoren der Industrie in Österreich gestellt.



sogar zum letzten Mal“, so Andreas Kovar von Kovar & Partners in seiner Wahlanalyse<sup>1</sup>. Beide Parteien, SPÖ wie ÖVP, haben dabei im Vergleich zur letzten Wahl jeweils rund zwei Prozent ihrer Wählerstimmen verloren.

Als Ergebnis dieser Entwicklung sind nicht nur die mittlerweile traditionellen Oppositionsparteien FPÖ und Grüne stärker geworden, mit dem Team Stronach und den NEOs wurden auch gleich zwei neue Parteien ins Parlament gewählt. Nicht mehr gereicht hat es hingegen für das BZÖ – das einst durch Abspaltung aus der FPÖ entstandene

Bündnis ist nicht mehr im Parlament vertreten. Was die Mandatsverteilung im *Hohen Haus* betrifft, werden 52 Vertreter der SPÖ, 47 Mandatäre der ÖVP, 40 Parlamentarier der FPÖ und 24 von den Grünen im Nationalrat sitzen; das Team Stronach erhöhte seinen Mandatsstand auf 11, und die NEOS ziehen mit neun Repräsentanten ins Parlament ein. Oder anders ausgedrückt: Rund 40 Prozent der künftigen Abgeordneten, konkret also etwa 70 Mandatäre, kommen mit der Bildung des neuen Nationalrats Ende Oktober erstmals ins Parlament.



Im Nationalrat braucht die Regierung 92 Stimmen für eine Mehrheit.

<sup>1</sup> An der Schwelle zu einer neuen politischen Etappe – Die Nationalratswahl 2013: Politische Analyse und Empfehlungen für Unternehmen – Kovar & Partners/Peter Hajek, 3. 10. 2013



„Im neuen Parlament wird viel lebhafter kreuz und quer verhandelt werden, mit der Folge, dass sachpolitische Junktime und wechselnde Allianzen zur Tagesordnung gehören werden.“

Dr. Peter Hajek  
Geschäftsführer von Peter Hajek Public Opinion

### Mögliche Koalitionen

War nach den letzten Wahlen die einzige Alternative zu Rot-Schwarz nur Schwarz-Blau – eine Variante, die im Zeitraum 2000 bis 2006 die Regierung stellte –, so lässt das Wahlergebnis vom 29. September zumindest rechnerisch mehrere alternative Konstellationen zu:

- SPÖ und FPÖ (diese Variante, die allerdings bereits vor der Wahl von maßgeblichen SP-Stimmen kategorisch ausgeschlossen worden war, hätte mit 92 von 183 Mandaten die kleinste aller denkbaren Mehrheiten),
- ÖVP mit FPÖ und TS (wobei vor allem fraglich wäre, ob die ÖVP mit der Anti-Wirtschaftskammer-Haltung von FPÖ und Team Stronach zurechtkommen würde),

- ÖVP plus FPÖ plus NEOs (in dieser Variante wäre ein gemeinsames Programm wohl noch schwerer zu finden, sie hätte auch insbesondere für die NEOs kaum Plausibilität),
- SPÖ und Grüne mit TS und NEOs als *Anti-Schwarz-Blau*-Koalition; auch hier wären die sehr divergierenden Steuerpläne seitens Rot-Grün einerseits, und TS und NEOs andererseits wohl ein klares *No-go*.

Realpolitisch sind also diese Varianten mehr als fraglich. Darüber hinaus lassen die Ereignisse nach den Wahlen gerade beim Team Stronach berechtigte Zweifel aufkommen, ob diese Partei in den kommenden Monaten und Jahren ausreichend Stabilität und Zusammenhalt

aufweisen wird können, um überhaupt als verlässlicher Regierungs- und Verhandlungspartner infrage zu kommen.

Es darf auch nicht vergessen werden, dass im Alltag des Regierens häufig die Bildung von Zweidrittelmehrheiten erforderlich ist, womit für jede Regierung zur Mehrheitsbeschaffung ein zusätzlicher Partner notwendig wird. Viele Projekte lassen sich zwar mit einer Oppositionspartei aushandeln – es wird allerdings schwierig, wenn die Regierung dabei immer wieder nur auf ein und dieselbe Partei angewiesen ist; sehr aufwändig wird es dann, wenn die Zustimmung von mehr als einem Partner notwendig ist – denn jeder politische Kompromiss hat üblicherweise seinen Preis, indem sich die Opposition ihr Mitziehen von der Regierung mit der Unterstützung in einem für sie wichtigen Thema abgelten lässt. Unterm Strich bleibt die Einsicht, dass im Grunde nur wieder Rot-Schwarz realistische Chancen auf Verwirklichung hat. Allerdings – spätestens in fünf Jahren wird abgerechnet. Mag sein, dass die rot-schwarze Mehrheit auf Bundesebene dann Geschichte ist – vor allem dann,



## SPÖ – 111 Projekte für Österreich

Die SPÖ stellt bei ihren 111 Projekten für Österreich das Ziel Österreich als Produktionsstandort stärken in den Vordergrund. Dabei sollen die Bahninfrastruktur ausgebaut, die Versorgungssicherheit

in der Energiewirtschaft sichergestellt sowie intelligente umweltschonende Produktionslösungen gefördert werden. Ein besonderes Anliegen ist der SPÖ die Unterstützung jeder und jedes Einzelnen in der dramatischen Umbrüchen unterliegenden Arbeitswelt. Die Bekämpfung von Lohn- und Sozialdumping, ein Rechtsanspruch auf Weiterbildung, die Einführung eines kollektivvertraglichen Mindestlohns, die Einschränkung von All-in-Verträgen, ein gemeinsames Arbeitsrecht

für alle, die Genesungsteilzeit, die Einführung einer Überstundenabgabe und das klare Nein zur Anhebung des gesetzlichen Pensionsalters sind hier die wichtigsten Ziele. Die SPÖ fordert weiters einen Rechtsanspruch auf Umstieg von Teilzeit- auf Vollzeitarbeit bei frei werdender Stelle, den bezahlten Papa-Monat für alle Väter sowie die Kopplung von Manager-Boni an den nachhaltigen und langfristigen Unternehmenserfolg. Fragt sich nur, wie bei Umsetzung all dieser Maßnahmen Österreich als Produktionsstandort gestärkt werden soll. Sehr mager waren die Aussagen des SPÖ-Wahlprogramms zur für die Wettbewerbskraft der Industrie so wichtigen Energiepolitik, einzig der Satz: „Der eingeschlagene Weg einer nachhaltigen Energiepolitik – diese umfasst die effiziente Nutzung von Energie und Ressourcen und den möglichst raschen Umstieg auf erneuerbare Energie – muss in allen Bereichen konsequent umgesetzt werden.“ Wo bleibt also die Kompetenz der SPÖ im Bereich der Standort- und Energiepolitik?

wenn die Regierung glaubt, es gehe jetzt nur darum, die gleichen Geschichten anders zu kommunizieren. Man wird in fünf Jahren aber auch sehen, was von den heute Neuen – Team Stronach und NEOs – übrig geblieben ist.

### Parlamentarische Kultur

Liegt also für die Regierungsbildung die Vermutung nahe, dass es trotz arithmetischer Vielfalt zu einer Fortsetzung der Zusammenarbeit zwischen SPÖ und ÖVP kommt, gilt *alles wie gehabt* für die politische Arbeit im Parlament nicht. „Hier darf ein deutlicher Stilwandel, eine merkliche Belebung erwartet werden“, so die Politikversther von Kovar & Köppl, und weiter: „Nach dem Einzug der NEOs sitzt nun neben den Grünen eine zweite Partei im Nationalrat, die sich eine Verbesserung der demokratischen Spielregeln und der politischen Kultur auf die Fahnen geschrieben hat. Mehr Transparenz in den Ausschüssen, neue politische Initiativen zu mehr Partizipation und mehr direkte Demokratie werden wohl schon bald auf der Agenda des Hohen Hauses stehen.“ Die Experten

erwarten auch, dass im neuen Parlament „viel lebhafter kreuz und quer verhandelt wird und dass sachpolitische Junktime und wechselnde Allianzen zur Tagesordnung gehören werden“. Die neue parlamentarische Verhandlungs- und

starke Aktivität aufgefallen – frei nach Franz Grillparzers Lobgedicht auf Österreich in *König Ottokars Glück und Ende*: „Da tritt der Österreicher hin vor jeden, denkt sich sein Teil, und lässt die anderen reden.“ Interpretiert



© Markus Prandl

„In den kommenden Jahren muss die Regierung den Faktor Arbeit entlasten, mehr in Bildung und Innovation investieren und die Verwaltung auf den Prüfstand stellen.“

Mag. Georg Kapsch  
CEO der Kapsch AG und Präsident der Industriellenvereinigung

Entscheidungskultur könnte also dazu beitragen, das Wahlergebnis richtig zu interpretieren – und wäre auch wichtig, um die für Österreichs Zukunft dringend erforderliche Reformagenda anzugehen und neuerlich drohenden Stillstand zu vermeiden.

### Mehr Public Affairs

Schon bisher ist Österreich auf europäischer Ebene nicht wirklich durch

man das Wahlergebnis und die aktuelle Stimmung pointiert so, dass vor allem rückwärtsgewandte, fremdenfeindliche und EU-kritische oder sogar ablehnende Strömungen Zuwachs erhalten, wird die Wirtschaft in den kommenden Jahren stark gefordert sein, die Weiterentwicklung der gemeinsamen Werte und des geistigen Klimas in Österreich und in Europa aktiv und klug mitzugestalten. „Wenn sich SPÖ und



## ÖVP – Die Wirtschaftskompetenz bis 2018

*Zukunftsweisend – Österreich 2018* hatte die ÖVP ihr Wahlprogramm betitelt – was davon könnte es ins Regierungsprogramm schaffen? In den Vordergrund wird eine *langfristig verlässliche und stabile Standortpolitik* gestellt, um Sicherheit für bestehende Betriebe zu schaffen und vor allem internationale Leitbetriebe verstärkt in Österreich anzusiedeln.

Weiter ging es mit dem flexiblen Arbeitsrecht inklusive Senkung der Lohnnebenkosten auf 45 Prozent bis 2018, der Erleichterung der Eigenkapitalfinanzierung, einem Standortkriterien-Check für alle politische Vorhaben, einer Internationalisierungsoffensive für die heimischen Unternehmen und einem klaren Nein zur Erbschafts-, Schenkungs- und Eigentumssteuer. Die ÖVP scheint zu wissen, wie's geht – sie will Unternehmen auch bei der Schaffung altersgerechter Arbeitsplätze und beim betrieblichen Gesundheitsmanagement unterstützen und strategische Partner für den ÖBB-Personen- und -Güterverkehr finden. Die lange Liste der energie- und umweltpolitischen Detailziele beinhaltet den

kosteneffizienten Ausbau der erneuerbaren Energieträger – diese müssen *in den Markt integriert werden*, damit sie einen nachhaltigen Beitrag zur europäischen Energieversorgung leisten. Dazu soll auch der Ausbau der Netzinfrastruktur forciert werden. Man will die Importabhängigkeit bei fossiler Energie reduzieren, sieht aber gleichzeitig den gemeinsamen europäischen Energiemarkt zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit und als Grundlage für die Reindustrialisierung – ein möglicher Zielkonflikt? Erdgas wird als Brückenenergie gesehen. Das im Frühjahr gescheiterte Energieeffizienzgesetz findet sich im ÖVP-Maßnahmenkatalog ebenso wie das voll zu unterstützende Ziel, die regulierungsbedingten Energiekosten zu senken. Weitere für die Zellstoff- und Papierindustrie wichtige Punkte im ÖVP-Programm sind die Forcierung eines harmonisierten, marktorientierten EU-Förderrahmens für erneuerbare Energie, die Forcierung der stofflichen Nutzung biogener Materialien zum Ersatz von Materialien aus fossiler Herkunft, der Ausbau von Nutzungskaskaden, die Optimierung der Abwärmenutzung sowie die Schaffung stabiler Rahmenbedingungen zur Förderung der Ressourceneffizienz und Wiederverwertung.

„Im Wahlkampf haben wir alle großen Parteien mit unserem ‚Forderungspaket an eine neue Bundesregierung‘ konfrontiert.“

Dkfm. Wolfgang Pfarl  
Präsident der Austropapier



Parteien tragfähige Arbeitsbeziehungen als Basis für eine sachpolitische und konstruktive Zusammenarbeit aufzubauen. Viele Positionen werden neu besetzt – dies betrifft nicht nur die Bereichssprecherfunktionen in den Klubs der Parteien und die Vorsitzenden der parlamentarischen Ausschüsse, sondern reicht bis zu den persönlichen Mitarbeitern der Abgeordneten. Es wird nicht mehr genügen, über schlechte Politik zu maulen, ein Forderungspapier zu überreichen und einen Beschwerdebrief zu schreiben – ein neuer Arbeitsstil und neue Formen des Wissensmanagements sind notwendig, um Gehör zu finden, auf gleicher Augenhöhe mit politischen Bereichssprechern verhandeln zu können, und Gesetzesvorhaben

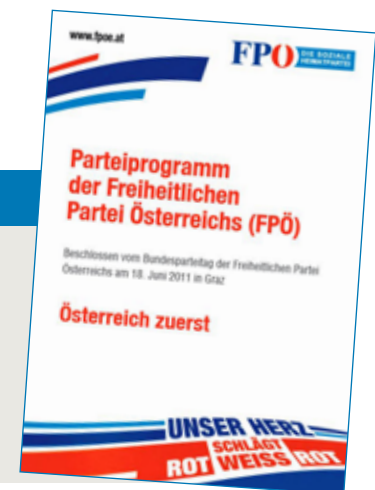
ÖVP jeweils in ihre Wagenburg zurückziehen, stärker kernwählerorientierte Politik machen und typischen FPÖ-Themen wie Integration und Migration eher aus dem Weg gehen, wird aktive Europa- und Außenpolitik wohl kaum Priorität erhalten“, analysieren Kovar & Köppl. Leidtragende einer solchen Entwicklung wären in der Wirtschaft vor allem die Headquarters internationaler Konzerne in Bezug auf die Mobilität ihrer Mitarbeiter.

Offensive und transparente Interessenvertretung wird zweifellos an

Bedeutung gewinnen – das beginnt schon mit der bereits angelaufenen Ausformulierung des Regierungsprogramms. Hier steht viel auf dem Spiel, denn in diesen Tagen und Wochen wird die Agenda geschrieben, mit der die Ziele und Weichenstellungen für Österreich und seine Unternehmen in den nächsten Jahren festgelegt werden. Wirtschaftsorganisationen und Industrieverbände sind also gefordert, mit den Neuen im Parlament und in der Regierung, aber auch mit den bekannten Namen bei den etablierten

## FPÖ – Aufruf zur Nächstenliebe

Rasch ist man fertig, wenn man im FPÖ-Wahlprogramm standort- und industrierelevante Punkte sucht. Aussagen wie *keine weitere Öffnung des österreichischen Arbeitsmarktes für Arbeitskräfte aus dem Osten* und die *Totalreform der Gruppenbesteuerung für internationale Großkonzerne* bestätigen die Vermutung, dass Wirtschaftskompetenz in der FPÖ fast ein Fremdwort sein muss.



## Grüne – Saubere Umwelt und saubere Politik



Das bei Weitem umfangreichste aller Wahlprogramme zeichnet sich besonders in der grünen Kernkompetenz – der Energie- und Umweltpolitik – durch lange Expertisen zum Klimawandel sowie unzählige Einzelziele und Maßnahmenvorschläge aus. Allen voran steht der komplette Umstieg auf erneuerbare Energie – in 15 Jahren beim Strom, in 25 Jahren bei der Wärme und in 35 Jahren im Verkehr. Die Grünen wollen weiters mit einem „ambitionierten Energieeffizienzgesetz den hohen Energieverbrauch in der Wirtschaft reduzieren, den Ökostromausbau vorantreiben, Forschungs- und Innovationsprogramme zur Energiespeicherung starten und die Förderung von Schiefergas verbieten. Ein *echtes Umweltressort* soll Kompetenzen bündeln, die Wasserrahmenrichtlinie „vollständig umgesetzt“ werden, und ein *Nationaler Aktionsplan Güterverkehr* klingt vielversprechend. Zentrale Forderung der Grünen ist eine aufkommensneutrale ökologische Steuerreform, die verantwortungsvollen Umgang mit Ressourcen belohnt und gleichzeitig den Faktor Arbeit entlastet – etwa durch Erhöhung beziehungsweise Einführung von CO<sub>2</sub>-Steuern. So soll die Energiewende umgesetzt und neue *Green Jobs* geschaffen werden.

und andere Initiativen mit Argumenten und Inhalten unterstützen zu können.

### Notwendige Standortpolitik

In manchen Bereichen ist Österreich überbürokratisiert. Ohne Reformen verschlafen wir aber die Zukunft – daher raus aus der *Komfortzone*. „Die Wahlen sind vorbei, die Herausforderungen sind geblieben. Der Industriestandort Österreich hat in den vergangenen Jahren in Bezug auf seine Wettbewerbsfähigkeit in vielen Bereichen an Boden gegenüber anderen Ländern verloren. Jede neue Bundesregierung ist nun gefordert, eine umfassende Reformagenda und eine standort- und beschäftigungspolitische Initiative umzusetzen“, brachte es Georg Kapsch, Präsident der Industriellenvereinigung, auf den Punkt. Konkret müsse der Faktor Arbeit entlastet, mehr in Bildung und Innovation investiert und die heimische Verwaltung auf den Prüfstand gestellt werden. „Die Industrie ist der Motor der heimischen Wirtschaft und integraler Bestandteil der Gesellschaft. Unseren Erfolg als Land haben Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie

Unternehmerinnen und Unternehmer gemeinsam erarbeitet. Jetzt ist es hoch an der Zeit, gesamtwirtschaftlich eine solche Anstrengung zu unternehmen, um Österreich zukunftsfit zu machen“, so IV-Generalsekretär Christoph Neumayer anlässlich der Präsentation der neuen Kommunikationsinitiative *Geht nicht? Geht doch!* Mitte Oktober in Wien.

### Entfesselte Wirtschaft

Teils widersprechende Aussagen über die Qualität und Erfolge Österreichs als Standort einer international wettbewerbsfähigen Industrie haben insbesondere den ÖVP-Wahlkampf geprägt. „Die ÖVP, die ja immerhin seit Jahrzehnten in der Regierung sitzt und auch seit Jahren den Wirtschaftsminister stellt, wollte kommunizieren, dass die Wirtschaft zwar nicht schlecht läuft, dass aber eine Entfesselung notwendig wäre und dass die SPÖ dem Wirtschaftsstandort mit ihren Plänen einer Vermögenssteuer schaden würde. Schließlich aber war die ÖVP gerade fünf Jahre in der Regierung, hätte also bereits entfesseln können“, meinte der Politikstrategie Kovar. In weiterer

Folge hatte die Finanzministerin im Wahlkampf eine interne Studie zitiert, wonach einige große Unternehmen abwandern möchten, und der Wirtschaftskammerpräsident hatte mit seiner Aussage vom „abgesandten Wirtschaftsstandort“ noch ordentlich nachgelegt.

Anhand der von Austropapier im August vorgelegten Analyse der Wahlprogramme zeigt sich klar, welche Schwerpunkte die Parteien bei der Standortpolitik setzen werden. Bleibt also abzuwarten, was aus den Wunschlisen und Wahlversprechen der Parteien sich im Regierungsprogramm für die XXV. Gesetzgebungsperiode 2013 bis 2018 wiederfindet. ■

Zitiert wurde aus „An der Schwelle zu einer neuen politischen Etappe – Die Nationalratswahl 2013: Politische Analyse und Empfehlungen für Unternehmen“ – Kovar & Partners/Peter Hajek, 3. 10. 2013.

## Team Stronach – mit Herz und Hausverstand

Natürlich stellt das Programm des Teams rund um den austro-kanadischen Konzern-Chef auf zahlreiche Wirtschaftsthemen ab: Dazu gehören der Schuldenstopp, um in der Zukunft Zinsen zu sparen, ein Zurückschneiden von Verwaltung, um der Bürokratie Einhalt zu gebieten, eine *Fair Tax* und Mitarbeiterbeteiligungen, um den Wettbewerb zu stärken, der Ausbau der Stromnetze und der Umstieg auf erneuerbare Energien, allerdings ohne das Instrument der Förderpolitik.



## NEOs – Wir verändern Österreich

Im Programm der neuen liberalen Bewegung stehen folgende Leitgedanken im Vordergrund: gestärkte Demokratie, transparente Verwaltung und effiziente Ausbildung. Im Weiteren wird ausführlich dargestellt, mit welchen Maßnahmen der Wirtschaftsstandort Österreich gestärkt werden soll, das betrifft Themen wie ein einfacheres Steuersystem, Budgetkonsolidierung, mehr unternehmerische Verantwortung und ein Bankensystem, das sich auf die Realwirtschaft konzentriert. Weiter hinten stehen im Abschnitt zur Energiepolitik drei Überschriften: sicher, wirtschaftlich, nachhaltig.